

EUROPA ARCHIV

ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALE POLITIK

Begründet von Wilhelm Cornides

AUS DEM INHALT

Winrich Kühne:

Der Einsatz der Bundeswehr außerhalb Europas.
Ein Beitrag zur Diskussion über deutsche Blauhelme

Franz-Josef Meiers:

Präsident Bush und die neue nukleare Ordnung

Klaus Frhr. von der Ropp und Hans-Georg Schleicher:

Die Aussichten Südafrikas nach dem Ende
der Apartheid

Erklärung der Außenminister Deutschlands,
Frankreichs und Polens zur Zukunft Europas

Deutsch-französische Initiativen im Herbst 1991

Dokumente zum Ende des östlichen Bündnissystems

22

46. Jahr

25.11.1991

HALBMONATSSCHRIFT

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK
IM VERLAG FÜR INTERNATIONALE POLITIK GMBH BONN

BEITRÄGE UND BERICHTE

- Der Einsatz der Bundeswehr außerhalb Europas. Ein Beitrag zur
Diskussion über deutsche Blauhelme 643

Von Winrich Kühne

- Präsident Bush und die neue nukleare Ordnung 654

Von Franz-Josef Meiers

- Die Aussichten Südafrikas nach dem Ende der Apartheid 663

Von Klaus Frhr. von der Ropp und Hans-Georg Schleicher

DOKUMENTE

- Erklärung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens zur
Zukunft Europas D 559

Gemeinsame Erklärung der Außenminister von Deutschland, Frankreich und
Polen, veröffentlicht anlässlich ihres Treffens in Weimar am 28. und 29. August
1991

D 559

- Deutsch-französische Initiativen im Herbst 1991 D 561

Ansprache des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Richard Freiherr
von Weizsäcker, bei einem Abendessen zu Ehren des französischen
Staatspräsidenten, François Mitterrand, in Berlin am 18. September 1991

D 561

Rede des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, anlässlich
seines Staatsbesuchs in Deutschland vor der Berliner Pressekonferenz am 19.
September 1991

D 563

Botschaft zur gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik von
Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Präsidenten der Französischen
Republik, François Mitterrand, an den amtierenden Vorsitzenden des
Europäischen Rates und Ministerpräsidenten des Königreichs der Niederlan-
de, Ruud Lubbers, vom 14. Oktober 1991.

D 571

- Dokumente zum Ende des östlichen Bündnissystems D 575

Abschließende Sitzung der 46. Tagungsperiode des Rates für Gegenseitige
Wirtschaftshilfe (RGW) in Budapest vom 28. Juni 1991

D 575

Protokoll über die Auflösung des Warschauer Vertrages, verabschiedet auf der
Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages in
Prag am 1. Juli 1991

D 576

Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des
Warschauer Vertrages in Prag am 1. Juli 1991

D 578

AUS DEM WELTGESCHEHEN

- Zeittafel vom 16. bis zum 31. Oktober 1991 Z 239

EUROPA ARCHIV

ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALE POLITIK

BEGRÜNDET VON WILHELM CORNIDES

HERAUSGEBER: DR. WOLFGANG WAGNER

BEIRAT: PROF. DR. GERHARD FELS · PROF. DR. CURT GASTEYGER
PROF. DR. KARL KAISER · PROF. DR. WILHELM KEWENIG
DR. NORBERT KOHLHASE · PROF. DR. HANNS W. MAULL
PROF. DR. KLAUS RITTER

CHEFREDAKTEUR: DR. JOCHEN THIES

REDAKTION: MARTINA BODEN, M. A. (M. B.)
TILMANN CHLADEK, A. M. HARVARD (T. CH.)
UTA KUHLMANN, DIPL.-ROM. (U. K.)
DR. MARTIN MANTZKE (M. M.)
Sekretariat: CHRISTINE ESCLAVY

ADENAUERALLEE 131, D 5300 BONN · TELEFON (02 28) 26 75-0
TELEFAX (02 28) 26 75 173

VERLAG: Verlag für Internationale Politik, GmbH, Bachstraße 32, Postfach 1529, 5300 Bonn 1;
Telefon: (02 28) 7 29 00 10, Telefax: (02 28) 69 57 34, Telex: 8-86822; Bankkonten: Bankhaus Sal.
Oppenheim jr. & Cie., Köln, Konto 23 305 (BLZ 370 302 00); Deutsche Bank AG Bonn, Konto
0547 000 (BLZ 380 700 59); Postgirokonto: Köln, Nr. 2588 31-500.
Geschäftsführer: Gerhard Eickhorn. Verlagsleiter und verantwortlich für Anzeigen: Gerda Fischer.
Zur Zeit gültige Anzeigenpreisliste Nr. 15 ab 1. Januar 1990.

BEZUGSBEDINGUNGEN: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede
Buchhandlung oder unmittelbar durch den Verlag zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 12,-;
Preis des Jahresabonnements (24 Folgen einschließlich Register) DM 190,-, für Studenten DM 140,-.
Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugsbedin-
gungen. Die übrigen Preise, einschließlich früherer Jahrgänge, laut Preisliste. Alle Preise zuzüglich
Versandkosten. Abbestellungen müssen spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements beim
Verlag eingegangen sein; Jahresabonnements können nur zum Ende des Kalenderjahres gekündigt
werden. Gerichtsstand ist Bonn und Hamburg, soweit das Gesetz nichts anderes zwingend
vorschreibt.

SATZ: Foto-Satz-Studio F. Röhrig GmbH, Düsseldorf
HERSTELLUNG: waz-Druck, Duisburg

URHEBERRECHTE: Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge und andere Texte sind urheberrecht-
lich geschützt. Alle Rechte, insbesondere der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein
Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch
Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere
von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der
Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem
Wege bleiben vorbehalten. Ausgenommen sind die gesetzlich geregelten Rechte gemäß § 53 (2)
UrhG.



Die Aussichten Südafrikas nach dem Ende der Apartheid

Von Klaus Frhr. von der Ropp und Hans-Georg Schleicher

Angeichts des herannahenden Endes der Apartheid in Südafrika stellt sich die Frage, ob es den Konfliktparteien gelingen kann, für die seit Jahrhunderten kulturell tief gesplante Kap-Republik eine stabile politische sowie eine gedeihliche Wirtschafts- und Sozialordnung zu finden. Nur wenn das der Fall ist, werden außer den in Südafrika lebenden afrikaanssprachigen Weißen auch die für die modernen Sektoren der Volkswirtschaft entscheidend wichtigen englischsprachigen weißen Südafrikaner und europäischen Ausländer im Land bleiben. Auch wird es nur dann gelingen, die seit Mitte der achtziger Jahre zu beobachtende Flucht in- und ausländischen Kapitals (bislang etwa 20 Milliarden Mark) zu stoppen und Südafrika wieder zu einem Kapitalimporteure zu machen.

DAS LAND AM VORABEND DER VERHANDLUNGEN

Die südafrikanische Regierung und ihre innenpolitischen Gegenspieler werden über die Zukunft eines Landes verhandeln, das in vielem zerrüttet ist. Stärker noch als die kulturelle Zerrissenheit hat die mit der Apartheid beabsichtigte und, mit Ausnahme der Arbeitswelt, auch erreichte räumliche Trennung der nach rassischen Kriterien definierten Bevölkerungsgruppen zur Kommunikationslosigkeit zwischen ihnen beigetragen. Die übergroße Mehrheit aller weißen Südafrikaner hat sich nie in einem der städtischen Ghettos oder in einem der „Heimatländer“ (Homelands) genannten Armenhäuser der Schwarzen aufgehalten. Die vielfältige Not der Schwarzen, von denen fast die Hälfte unterhalb der Armutsschwelle lebt, ist ihnen unbekannt.

Fatal in jeder Beziehung ist die Lage im Erziehungswesen. „Bantu Education“ ist bis auf den heutigen Tag weitgehend darauf ausgerichtet, die außerhalb der Homelands lebenden schwarzen Südafrikaner für eher untergeordnete und entsprechend schlecht bezahlte Tätigkeiten im „weißen“ Südafrika auszubilden. Charakteristisch sind hier oft sehr schlecht ausgebildete Lehrer, überfüllte Klassenräume, ein bewußt niedriges Niveau der Lehrpläne, die zudem einseitig auf die Interessen der weißen Südafrikaner ausgerichtet sind, und eine sehr große Zahl von Jugendlichen, die ihre Schule vorzeitig verlassen. So nimmt es nicht wunder, daß der Anteil der schwarzen Südafrikaner am Mittelstand in keinem Verhältnis zu ihrem Anteil (etwa 74 Prozent) an der Gesamtbevölkerung steht. Das Engagement der südafrikanischen Wirtschaft, ausländische Hilfsprogramme sowie Aktivitäten verschiedener kirchlicher Institutionen haben nur wenig an diesem deprimierenden Gesamtbild zu ändern vermocht.

Trotz einiger zögerlicher Reformen im Bildungswesen in der Ära von Präsident Pieter Willem Botha hat sich der Stand der Ausbildung der schwarzen Südafrikaner seit Mitte der siebziger Jahre noch verschlechtert. Die Unruhen von 1976/77 und

Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, Köln; Dr. Hans-Georg Schleicher, bis Anfang 1990 Leiter der Beobachtermission der DDR in Windhuk/Namibia, Berlin.

1984/86 wurden vor allem von schulpflichtigen Jugendlichen getragen. So haben viele von ihnen ab 1976 gemäß der Parole „Erst die Befreiung, dann die Ausbildung“ ihre Schulen nur noch sporadisch besucht. Es entstand eine Gruppe von mindestens drei Millionen hochpolitisierten und sich keiner Autorität beugenden Jugendlichen. Im Politischen wie auch im Wirtschaftlichen sind westliche Wertvorstellungen für sie durch die allzu lange Zusammenarbeit fast aller westlichen Staaten mit dem Apartheid-Regime diskreditiert. Noch stärker als andere schwarze Gruppierungen hat die „verlorene Generation“ Südafrikas Gewalt und Terror des Regimes erlebt. Ihr fehlt jede aus Erfahrung erwachsene Beziehung zur Demokratie. Sie werden auch die Regierung des Post-Apartheid-Südafrika vor eine Fülle kaum zu lösender Probleme stellen. Auch in einem neuen Südafrika scheint für die „verlorene Generation“ nur das soziale Abseits zu bleiben – ein Potential für Kriminalität, Unruhe und Extremismus.

Eine verfehlte, da einer Ideologie verhaftete Wirtschaftspolitik sowie später Sanktionen, Disinvestment, Kapitalflucht und in den letzten Jahren ein spürbarer Rückgang des Goldpreises haben weitere mindestens zwei Millionen ganz überwiegend schwarzer und gemischtrassiger, weniger weißer Südafrikaner arbeitslos werden lassen. Auch die Versorgung der schwarzen Südafrikaner mit Wohnraum krankt an den Folgen der Apartheid, die sich bemühte, die Zahl der im weißen Südafrika lebenden Schwarzen niedrig zu halten beziehungsweise zu reduzieren. Daher ließ das System der Apartheid deren Eigentum an Grund und Boden nicht zu und zerstörte in unzählbaren Fällen illegal errichtete Notunterkünfte.

Die aus alledem resultierende soziale und wirtschaftliche Entwurzelung von Millionen schwarzer Südafrikaner begünstigt die mit großer Brutalität geführten, nicht selten von konservativen Gegnern des Präsidenten Frederik Willem *de Klerk* geschürten Kämpfe zwischen den Anhängern unterschiedlicher Parteien um Machtpositionen in dem zu schaffenden neuen Südafrika. Gerade unter liberalen Weißen ist die Sorge verbreitet, es fehle allen beteiligten Parteien die Fähigkeit zur Toleranz und zum Ausgleich mit dem politischen Gegner, und ihr Bekenntnis zum politischen Pluralismus ende an den Grenzen der „Intoleranz des Befreiungskampfes“. Auch der anglikanische Erzbischof Desmond *Tutu* spricht hier von der verlorenen Menschlichkeit; der gleichfalls dem ANC eng verbundene und deswegen in den siebziger Jahren für sieben Jahre inhaftierte Schriftsteller und Maler Breyten *Breytenbach* sieht Südafrika „bald die ungezählten Varianten der Barbarei“ durchlaufen.¹

Diesem düsteren Bild werden von anderen Beobachtern Hoffnungen entgegengesetzt; sie verweisen zu Recht auf Traditionen des gewaltlosen Kampfes des Widerstands sowie auf den Umstand, daß dank der Schicksalsgemeinschaft Nelson *Mandela/de Klerk* binnen weniger als zwei Jahren die Aussichten sich verbessert haben.

PERSPEKTIVEN EINER MEHR-PARTEIEN-KONFERENZ

Geplant ist, daß eine sogenannte Mehr-Parteien-Konferenz, die dann voraussichtlich in eine Verfassungsgebende Versammlung einmünden wird, über die Elemente einer neuen politischen sowie Wirtschafts- und Sozialordnung verhandeln und beschließen wird.

Erforderlich erscheint, daß sich die sechs wichtigsten politischen Kräfte an diesem Prozeß beteiligen werden. Das sind der 1912 gegründete und seither dem Ideal einer nichtrassischen Gesellschaft verpflichtete African National Congress (ANC), der der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) eng verbunden ist und unter Schwarzen über große Gefolgschaft verfügt, weniger unter Braunen und kaum unter Weißen; die 1948 mit ihrem damaligen Programm der Apartheid in Pretoria ins Amt gewählte und seither allein regierende Nasionale Party (NP); die 1975 wiederbegründete Inkatha Freedom Party (IFP) der eher konservativen Zulus; die Konserwatiewe Party (KP), die sich Anfang der achtziger Jahre aus Protest gegen deren flexibler gewordene Rassenpolitik von der NP abspaltete; schließlich der Pan Africanist Congress (PAC), der sich Ende der fünfziger Jahre vom ANC löste, und die ihm ideologisch nahestehende, Mitte der siebziger Jahre entstandene Azanian People's Organisation (Azapo), die wichtigsten Träger der Bewegung des „Schwarzen Bewußtseins“, nach deren Ansicht sich das neue Südafrika ausschließlich an den kulturellen Werten des schwarzen Afrika orientieren soll.

Die Vorstellungen des ANC

Erst Mitte der siebziger Jahre bekundeten westliche Politiker die Bereitschaft zum Dialog mit dem ANC. Es dauerte weitere zehn Jahre, ehe südafrikanische Politiker und Wirtschaftsführer seine überragende Bedeutung erkannten. Umso wichtiger war für den ANC die Jahrzehnte währende Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, der DDR² und – bis heute – mit der SACP.

Es entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit des ANC und der ihm verbundenen Gewerkschaftsdachverbände, jetzt des Congress of South African Trade Unions (Cosatu), sowie mit in- und ausländischen Kommunisten. Die lange Tradition der Bündnisbeziehungen zwischen ANC und SACP entspringt historischen Wurzeln, dem engen Neben- und Miteinander beider Organisationen in der Kongreß-Allianz der fünfziger Jahre, aber auch der antikommunistischen Repressionspolitik der südafrikanischen Regierung.³ Viele SACP-Mitglieder rückten so in führende Positionen beider Organisationen ein, ohne daß ANC und Cosatu dadurch zu kommunistischen Organisationen geworden wären. Als nationale Befreiungsbewegung war der ANC politisch und ideologisch immer sehr heterogen, es gab durchaus auch bürgerlich-demokratische, christliche und afrikanisch-nationalistische Einflüsse, letztere an Vorstellungen Julius K. Nyereres von einem spezifisch schwarzafrikanischen Demokratieverständnis angelehnt. In der Hauptsache orientierten sich die Konzepte des ANC von den politischen und sozioökonomischen Strukturen des Post-Apartheid-Südafrika aber an sowjetischen und ostdeutschen Vorbildern.

Da ANC und SACP über drei beziehungsweise vier Jahrzehnte Südafrika nur aus dem Exil und dem Untergrund erlebten, war es für beide wichtig, daß sie ab Mitte der achtziger Jahre durch die schnell zunehmenden Kontakte mit in- und ausländischen Wirtschaftsführern wie auch südafrikanischen und westlichen Politikern Gelegenheit hatten, die südafrikanischen Realitäten aus einer neuen Sicht zu erleben. Auch die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa und der Sowjetunion sowie die negativen Erfahrungen Angolas und Mosambiks mit ihrer Politik „sozialistischer Orientierung“ schlugen sich im Denken jedenfalls der Spitzen von ANC, SACP und Cosatu nieder.

Der Prozeß der Demokratisierung des ANC, die Überwindung eines von Exil und Illegalität geprägten zentralistischen Führungsstils vollzieht sich aber zögerlich.

Mit der Vorlage seiner „verfassungsrechtlichen Richtlinien“ von Sommer 1988 und dem Anfang 1991 veröffentlichten „Diskussionspapier: Verfassungsprinzipien und Strukturen für ein demokratisches Südafrika“ hat der ANC sein Bekenntnis zum politischen Pluralismus und zu wesentlichen Elementen westlichen Demokratieverständnisses eindrucksvoll untermauert. Den spezifischen Eigenarten Südafrikas sucht der ANC dadurch gerecht zu werden, daß die Kap-Republik in Zukunft ein nach Verhältniswahlrecht gewähltes Zwei-Kammer-Parlament haben soll und alle Landessprachen gleichberechtigt nebeneinanderstehen sollen. Einen darüber hinausgehenden Minderheitenschutz – etwa in der Form einer bundesstaatlichen Ordnung – weist der ANC als Ausdruck rassistischen Denkens zurück. Jede andere als eine zentralistische Staatsform, so seine Argumentation, würde das Entstehen einer gemeinsamen Nation aller Südafrikaner behindern.

Es steht zu erwarten, daß der ANC im Laufe der Verhandlungen diese Position revidieren wird. Denn auch ihm ist bekannt, daß selbst die radikalsten unter den afrikaansen Reformern nicht bereit sind, ein unitarisches Südafrika zu akzeptieren. Ferner weiß er, daß Präsident *de Klerk* sich verpflichtet hat, die neue Verfassung vor Inkraftsetzung den weißen Wählern zu einer Volksabstimmung zu unterbreiten.

Im Vordergrund der öffentlichen Debatten steht aber heute die künftige Sozial- und Wirtschaftsordnung. Zu Unrecht führt Francis *Fukuyama* die starke Betonung der „Grundrechte der zweiten und dritten Generation“ (Recht auf Arbeit, auf Wohnung, auf Gesundheitsfürsorge und so weiter) durch den ANC auf dessen frühere ideologische Bindungen zurück.⁴

Die Allianz von ANC, SACP und Cosatu hat längst begriffen, daß sie die immens großen Probleme Südafrikas nur mit Hilfe einer starken und wachstumsorientierten Wirtschaft lösen kann. So haben Forderungen nach Nationalisierung von Produktionsmitteln in den Äußerungen des ANC nicht mehr den früheren Stellenwert. Das erscheint umso bemerkenswerter, als zum einen wirtschaftliche Macht in Südafrika in den Händen ganz weniger Großunternehmen (vor allem Anglo American, Sanlam, SA Mutual) konzentriert ist und zum anderen natürlich auch sie trotz ihrer sehr gemäßigten Apartheid-Kritik früherer Jahre über Jahrzehnte aus der Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Südafrikaner Gewinn gezogen haben. Wichtiger als Verstaatlichungsdiskussionen sind heute die Debatten im ANC über die Rolle des Staates als Kontrolleur bei der Verteilung des Reichtums und bei der Beseitigung sozialer Ungleichgewichte durch Erhebung höherer Steuern sowie eine Demokratisierung der Funktionsmechanismen der Wirtschaft etwa durch Mitbestimmung.

Wenn ANC, SACP und Cosatu gleichwohl das Recht auf Arbeit und vergleichbare Grundrechte in der Verfassung verankern wollen, so ist das auf die Verweigerung jeder sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit in der Zeit der Rassentrennung zurückzuführen. Hier wirkt das Trauma gesetzlich sanktionierter Rechtlosigkeit fort. Wer sich die erwähnten Resultate der Politik Pretorias in den Bereichen Erziehung, Arbeitsmarkt und Wohnungsbau vor Augen hält, wird nicht umhin können, dafür Verständnis aufzubringen. Das neue Südafrika wird eben nur dann stabil sein, wenn sich die sozio-ökonomische Lage vor allem jener Menschen, die unterhalb der

Armuts Grenze leben, deutlich verbessert. Die Möglichkeiten des Staates, hier mit herkömmlichen Mitteln für Abhilfe zu sorgen, sind angesichts des Ausmaßes der Probleme, aber auch angesichts einer Auslandsverschuldung von 20 Milliarden Dollar sehr begrenzt. Dennoch weigern sich die weißen Verhandlungsführer, auf diese Forderungen einzugehen – mit der zutreffenden Begründung, daß solche Grundrechte in einem liberal-demokratischen System nicht zu verwirklichen seien. Hier eine befriedigende Antwort zu finden, wird Pretoria sehr schwer fallen.

Ein weiteres Bekenntnis zur Demokratie ist darin zu sehen, daß ANC und SACP sich von früheren Glaubenssätzen lösen, wonach die rassistischen Strukturen des bestehenden Staates durch die nationaldemokratische Revolution zu zerschlagen und die Macht dem Volke zu übertragen sei. Es war der ANC, der etwa vor Jahresfrist die Idee einer Mehr-Parteien-Konferenz zur Aushandlung der Strukturen des neuen Südafrika ins Gespräch brachte. Darin lag ein Bekenntnis zur demokratischen, gleichberechtigten Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften.

Auch nach dem jüngsten ANC-Kongreß im Juli 1991 in Durban wird die Demokratiefähigkeit des ANC vielfach noch nach seinem Verhältnis zur SACP beurteilt – ein sehr oberflächliches Herangehen. Der Dialog des ANC mit der Regierung wird von SACP-Vertretern mitgetragen, die Entwicklung auch der neuen ökonomischen Konzeptionen des ANC ist nicht unwesentlich von Kommunisten beeinflußt worden. Trotz des Bekenntnisses zu einer pluralistischen Gesellschaft und zur Verwirklichung der individuellen Menschenrechte werden der SACP nicht überwundene dogmatische Auffassungen von Revolution und Klassenkampf vorgehalten, wie sie im Programm der Partei von 1989 in der Tat immer noch enthalten sind.

SACP-Generalsekretär Joe Slovo hat eingeräumt, daß die marxistische Beschreibung der bürgerlichen Demokratie simplifizierend war. Inwieweit sich diese Sicht in der Partei im Sinne eines Abrückens von der traditionellen Haltung zur politischen und wirtschaftlichen Macht niederschlägt, bleibt abzuwarten. Das hätte zur Voraussetzung, das Dogma von der historischen Mission der Arbeiterklasse zu überwinden und sich zu einer Gorbatschowschen Einschätzung des Verhältnisses von allgemein menschlichen und Klasseninteressen durchzuringen. Um das Post-Apartheid-Südafrika zu schaffen, wird es nicht der Hegemonie einer sozialen Klasse, sondern gleichberechtigter Partnerschaft unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte bedürfen.

Die Entscheidung des ANC, sein Bündnis mit SACP und Cosatu aufrechtzuerhalten, entspricht im Selbstverständnis der Notwendigkeit, auch weiterhin alle Kräfte für die endgültige Beseitigung der Apartheid zu bündeln. Künftige eigenständige Entwicklungen der Organisationen sind indiziert; dabei dürften SACP und Cosatu sich stärker profilieren und sich mit ihrer Konzentration auf die Arbeitnehmer mehr und mehr vom ANC lösen, der offensichtlich zur Volkspartei werden will.

Nach alledem erscheint die Kritik Breyten Breytenbachs an der politischen Kultur des ANC als stalinistisch letztlich doch überzogen. Extrem wichtig wird sein, ob es ANC, SACP und Cosatu gelingen wird, ihr heutiges Demokratieverständnis in die schwarzen Ghettos und hier insbesondere in die Kreise der „verlorenen Generation“

mit der Folge zu tragen, daß es dort Wurzeln schlägt. Hier wird sich die Frage nach der demokratischen Natur der neuen südafrikanischen Gesellschaft entscheiden.

Positionen von IFP und PAC/Azapo

Auch wenn sich die IFP durch die jetzt bekannt gewordene, wohl bis in die Zeit ihrer Gründung Mitte der siebziger Jahre zurückreichende Zusammenarbeit mit Pretoria kompromittiert hat, ist doch davon auszugehen, daß sie unter den Traditionsbewußten der zulusprachigen Südafrikaner weiterhin über erheblichen Anhang verfügt. Aus der Sicht der IFP sollen sich die künftige Verfassung und die künftige Wirtschaftsordnung weitgehend an liberaldemokratischen westlichen Vorstellungen orientieren; den Schutz von Minderheiten will sie durch die Einrichtung einer zweiten Parlamentskammer, in der diese überrepräsentiert sein sollen, bewerkstelligen. Das Vorgehen von IFP-Schlägertrupps bei den Kämpfen in Natal und Transvaal hat Zweifel an dem Demokratieverständnis der IFP aufkommen lassen.

Selbst PAC und Azapo bekennen sich heute zur „Demokratie“ und zum politischen Pluralismus, jedoch erscheint zweifelhaft, ob es sich hier um mehr als nur taktische Aussagen handelt. Denn vor allem organisatorische Mängel haben bislang die Vorlage eines definitiven politischen Programms der eben nur latent starken PAC und Azapo verhindert. Sie warten darauf, daß sich der ANC in den Verhandlungen mit Pretoria kompromittiert und so die vielen Militanten unter seinen Anhängern enttäuscht. Darin sehen sie ihre Chance. Auch der bei PAC-Veranstaltungen immer wieder anzutreffende Slogan „Ein Siedler, eine Kugel“ ist wenig geeignet, in dieser Befreiungsorganisation einen Parteigänger demokratischen Gedankenguts zu sehen. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des PAC und auch Azapos sind bisher schon mangels verbindlicher programmatischer Aussagen eher diffus. So distanzieren sie sich weiterhin auf das schärfste von jenen der SACP, reden jedoch andererseits in einer häufig militanten Sprache einem „Sozialismus“ das Wort.

Im Oktober 1991 haben sich jedoch der PAC und die ANC/SACP/Cosatu-Allianz zu der „Patriotischen Einheitsfront“ zusammengeschlossen; von diesem lockeren Bündnis mag ein mäßigender Einfluß auf den PAC ausgehen.

Vorstellungen von NP und KP

Bei der Umkehr der südafrikanischen Innenpolitik spielte der britische Botschafter von 1987 bis 1991, Sir Robin *Renwick*, eine wesentliche Rolle. Ihm gelang es, Pretoria davon zu überzeugen, daß es jetzt noch aus einer Position der Stärke verhandeln könne. Denn noch kontrollierte die Regierung unangefochten Armee und Polizei, noch gab es in Südafrika keine „befreiten“ Gebiete, noch erwirtschaftete das Land trotz der verhängten Sanktionen einen Handelsüberschuß (1989 etwa 5 Milliarden Dollar). Der Zusammenbruch des Kommunismus im östlichen Mitteleuropa ließ *de Klerk* erkennen, daß auch er binnen weniger Jahre, dann aus einer Position der Schwäche, nur noch über die Kapitulation seiner Regierung verhandeln könne. Mehr denn je galt ab 1989 die in einem unveröffentlichten Papier niedergeschriebene These eines seiner engsten Berater, Pieter *de Lange*, das größte Risiko für das Afrikanerland liege darin, kein Risiko einzugehen.

Pretoria ist seit der Jahreswende 1989/90 klar, daß sich die NP radikal vom ideologisch verbrämten Rassismus des Afrikanerdoms und dem kaum weniger brutalen, aber pragmatischen Rassismus des englischsprachigen weißen Südafrika lossagen muß. Dazu gehörte unbedingt das Bekenntnis zu einem nach dem Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ organisierten nichtrassischen, demokratischen Staat. Eine Schwäche dieser Politik ist, daß *de Klerk* sie aus Angst vor Opposition in den eigenen Reihen und in Fortführung der undemokratischen Traditionen seines Afrikanerdoms dem weißen Südafrika verordnet. Er mag sie bei „Buschberatungen“ mit dem Kabinetts diskutieren; Partei und Fraktion aber werden nicht einmal vorab informiert.

Auch unter den afrikaans Radikalreformern ist, ohne daß dies nach außen verlautbart, die Sorge verbreitet, Südafrika könne in Zukunft ähnlich anderen Vielvölkerstaaten (derzeit etwa Jugoslawien, Äthiopien und die Sowjetunion) den Weg in das politische und dann auch wirtschaftliche Chaos sowie letztlich zurück in eine wie auch immer geartete Diktatur nehmen. Vor diesem Hintergrund wird nur derjenige die neue Politik der weißafrikanischen Machthaber verstehen, der sich daran erinnert, daß sie sich der diplomatischen Rückendeckung durch die britisch-amerikanisch-sowjetische Diplomatie erfreut. Sie konnte Pretoria nur dadurch zur Aufgabe von Apartheid, einer pervertierten Form des Minderheitenschutzes, bewegen, daß sie Verständnis dafür bekundete, daß das Existenzrecht der Weißen in der neuen südafrikanischen Verfassung anderweitig abzusichern sein wird.

Stärker noch als es sich den im August 1991 veröffentlichten Leitsätzen für eine neue Verfassung entnehmen läßt, konzentriert sich die Diskussion der NP auf Fragen des Minderheitenschutzes. Es ist aber davon auszugehen, daß für die Kap-Republik der Zukunft ein extrem dezentralisierter Staat, ein Bundesstaat mit konföderalen Elementen angestrebt wird. Sein politischer Alltag soll in den Augen Pretorias vom Regieren im Konsens geprägt sein. Auch wird das weiße Südafrika darauf bestehen, auf unbestimmte Zeit Ressorts wie Finanzen, Polizei, Streitkräfte und Wirtschaft zu kontrollieren oder aber zumindest entscheidenden Einfluß in ihnen zu behalten.

Viele Mitglieder und Wähler der NP waren durch die mit ihnen nicht abgestimmte Politik *de Klerks* verunsichert und wandten sich der KP zu, die ihnen den Abbruch aller Verhandlungen mit ANC/SACP und PAC zusagt und die (illusorische) Rückkehr in die (scheinbare) Sicherheit der Apartheid verspricht. Fänden heute Parlamentswahlen unter den weißen Südafrikanern statt, so würde die NP sie vielleicht noch gewinnen; die Mehrheit der afrikaanssprachigen Weißen würde sich aber für die KP entscheiden. Sehr viele von ihnen sind, oft in untergeordneten Funktionen, in der durch Apartheid aufgeblähten staatlichen Verwaltung tätig und sind sich darüber im klaren, daß sie mit der endgültigen Überwindung von Apartheid ihre Arbeitsplätze verlieren werden.

Durch ihre starke Stellung im Staatsdienst, nicht zuletzt in Polizei und Streitkräften, verfügt die KP über ein schlagkräftiges Störpotential. Es steht zu befürchten, daß sie davon vor und, bei einem für sie unbefriedigenden Ausgang, auch nach Abschluß der Verhandlungen durch Sabotage und Terror rücksichtslos Gebrauch machen wird. Van Zyl *Slabbert* hat, um den Widerstand der KP zu brechen, die Möglichkeit einer Teilung Südafrikas auf Kosten der Weißen („sacrificial partition“) anstelle der

bisherigen Teilung auf Kosten der Schwarzen („greedy partition“) ins Gespräch gebracht.⁵ Bei dem KP-Bundeskongreß im September 1991 war, erstmals, die Möglichkeit zu erkennen, daß sich die KP mit dieser Option auseinandersetzt. Es würde NP und KP jedoch sehr schwer werden, den ANC oder gar PAC/Azapo dahin zu bringen, einer solchen Lösung zuzustimmen.

AUSBLICK

Nelson *Mandela* und Frederik Willem *de Klerk* wissen, daß sie zum Erfolg verurteilt sind. Allen übergroßen Hindernissen zum Trotz erscheint es daher möglich, daß es ANC und NP gelingen wird, Antworten auf die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen ihres Landes zu finden. Dies aber um den Preis der Entfremdung eines Teils ihrer jeweiligen Gefolgschaft und damit einer Stärkung von PAC/Azapo beziehungsweise KP. Die beiden letzteren werden ihren Widerstand nach Abschluß der Verhandlungen nicht aufgeben und können somit alle vereinbarten Regelungen gefährden. Und sie werden eine zu starke Gefolgschaft haben, als daß die Regierung die von ihnen heraufbeschworenen Gefahren mit Verboten bannen könnte. Dann wäre erneut zu verhandeln. Dann mag aktuell werden, was Wimpie *de Klerk*, der gleichfalls zum engsten Beraterkreis um seinen jüngeren Bruder, den Staatspräsidenten, gehört, kürzlich äußerte: „Ich denke nicht, daß eine Teilung Südafrikas im gegenwärtigen Klima eine lebensfähige Alternative ist. ... Aber wer weiß, in dem Maße, in dem sich Verhandlungen hinziehen und sich Sackgassen entwickeln..., könnte solche Alternative eine Option werden, auf die in Zukunft zu achten sein wird“.⁶ Wirtschaftlich wäre dies das Ende des modernen Südafrika.

ANMERKUNGEN

¹ S. Die verlorene Menschlichkeit, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 26. 4. 1991; bzw. Afrique du Sud/L'écivain Breyten Breytenbach dénonce la „culture stalinienne“ de l'ANC, in: *Le Monde*, 5. 6. 1991. Weiter Breyten Breytenbach, A lament for my country, in: *Sunday Star* (Johannesburg), 25. 6. 1991.

² Dank der SACP entwickelten ANC und DDR sowie SED frühzeitig eine sehr vielfältige Zusammenarbeit. Was die Zweiphasentheorie der Revolution als auch das relativ hohe Niveau sozio-ökonomischer Veränderungen im scheinbar funktionierenden Sozialismus der DDR anbelangt, orientierte sich der ANC an der letzteren.

³ Vgl. dazu auch Hans-Georg *Schleicher*, Der Dialog über eine neue Ordnung in Südafrika als Herausforderung an den ANC, SWP – AP 2707, Ebenhausen, Juni 1991, S. 39 ff. S. weiter Robert von *Lucius*, Der ANC will seine Verhandlungen mit Pretoria wiederaufnehmen/Starker Einfluß der Kommunisten..., in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. 7. 1991 und South Africa: New opportunities for the ANC, in: *Africa Confidential* (London), 26. 7. 1991, S. 1-2 (2).

⁴ The Next South Africa, in: *The National Interest* (Washington), Sommer 1991, S. 13-28 (19). Zu der krassen Benachteiligung der schwarzen Südafrikaner im Wirtschaftlichen und Sozialen siehe Hanns W. *Maull*, Südafrikas Wirtschaft – Achillesferse des Apartheidstaates?, in Hanns W. *Maull* (Hrsg.), Südafrika. Politik-Gesellschaft-Wirtschaft vor dem Ende der Apartheid, Opladen 1990, S. 243-264.

⁵ Partition may be negotiable – Slabbert, in: *The Star* (Johannesburg), 5. 4. 1990 im Anschluß an Jürgen *Blenck* und Klaus *Frhr. von der Ropp*, Republic of South Africa: Partition a Solution?, in: *South African Journal of African Affairs* (Pretoria), 1/1977, S. 21-32 und C.L. *Sulzberger*, Eluding the Last Ditch, in: *The New York Times*, 10. 8. 1977.

⁶ Zitiert bei Dries *van Heerden*, Partition and the Reasonable Right, in: *Sunday Times* (Johannesburg), 18. 3. 1990. Dazu jüngst Tom *Barnard*, South Africa 1994-2004, Johannesburg 1991, S. 160-173.